



**Dr. Katja Stoppenbrink**

Ausgabe  
Juni 2021



# klartext

LOKAL. DIGITAL. KLIMANEUTRAL

## Dafür setze ich mich ein:

**Aus der Pandemie lernen:** Gesundheit und Pflege sind für ein gutes Leben besonders wichtig. Wir müssen in unserem Land den dramatischen Pflege- notstand beheben und noch viel mehr für Gesundheitsvorsorge tun.

**Kinder & Jugendliche stärken:** Ich setze mich für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch in weiterführenden Schulen ein. Die Ganztagsbetreuung muss deutlich besser werden: Mit einer Qualitätsoffensive Ganztags will ich gute Bildung und gleiche Chancen für alle Kinder ermöglichen.

**Für die Arbeit der Zukunft qualifizieren:** Künstliche Intelligenz und digitale Arbeitsplätze werden unsere Zukunft bestimmen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Jede:r muss sich (weiter-)qualifizieren können, Schüler:innen IT-Kompetenzen in der Schule erwerben können.

**Klimaneutrale Mobilität für alle ermöglichen:** Ein leistungsfähiger Nahverkehr ist die Grundlage für die Mobilität der Zukunft. Unverzichtbar ist ein Ausbau von Radwegen, Radwegenetzen und Radschnellwegen. Eine nachhaltige E-Mobilität und Car-Sharing-

Konzepte können ebenfalls zur Verbesserung des Klimas beitragen.

**Digital teilhaben:** Unser Leben spielt sich zunehmend im virtuellen Raum ab. Niemand darf aus diesem Raum ausgeschlossen werden.

**Lokal gut leben:** Gutes Leben beginnt vor Ort—in leistungsfähigen Kommunen! Der Bund kann finanziell beitragen, damit unsere Kommunen handlungsfähig bleiben.

## Persönlich & ansprechbar

Ich lebe mit meinem Mann und unseren Zwillingen (10) am Fuße des Siebengebirges in Königswinter-Thomasberg. Ich bin vor Ort in der Kommunalpolitik aktiv und widme mich insbesondere dem Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Ich bin 44 Jahre alt und Sozialdemokratin aus Überzeugung—seit einem Vierteljahrhundert bin ich SPD-Mitglied. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, Philosophie und Geschichte in Köln und Paris habe ich in Luxemburg promoviert und unterrichte derzeit als Vertretungsprofessorin für Philosophie Studierende an der Universität Münster. Aktuell schreibe ich ein Buch über Anerkennung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und forsche u. a. zu ethischen Fragen künstlicher Intelligenz in Arbeitswelt und Medizin und digitaler Teilhabe von Verbraucherinnen und Verbrauchern – übrigens in Zusammen-

arbeit mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg in Sankt Augustin. Diese Themen will ich auch im Bundestag stark vertreten. Als Erstunterzeichnerin der Initiative „Scientists For Future“ liegt mir der Klimaschutz als zentrale Zukunftsherausforderung sehr am Herzen.

### So erreichen Sie mich:

Dr. Katja Stoppenbrink  
SPD Rhein-Sieg  
Frankfurter Str. 47  
53840 Troisdorf

Tel.: 0151 2700 5049

[kontakt@katjastoppenbrink.de](mailto:kontakt@katjastoppenbrink.de)  
[www.katjastoppenbrink.de](http://www.katjastoppenbrink.de)

Facebook: @KatjaStoppenbrink  
Instagram: katjastoppenbrink



Impressum: SPD Sankt Augustin, Denis Waldästl, Postfach 2024, 53757 Sankt Augustin.



### Liebe Bürgerinnen und Bürger in Sankt Augustin,

2021 ist das Jahr der Neuanfänge. Wir alle freuen uns, nach den Monaten des eingeschränkten öffentlichen Lebens nun wieder auszugehen, zu feiern, Freunde und Bekannte zu treffen. Hoffen wir, dass die Nach-Corona-Zeit auch ein Aufbruch in ein anderes Miteinander, in eine solidarischere Gesellschaft ist. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die sich besonders um diejenigen sorgt, die es gerade so schwer hatten und haben: Pflegebedürftige und Pflegekräfte, die „am Limit“ arbeiten, Familien, deren Alltagsstrukturen in der Pandemie weitgehend weggebrochen sind, Lehrer:innen und Erzieher:innen, die sich in Distanzunterricht und Notbetreuung engagiert

haben, Selbständige und andere Gewerbetreibende, insbesondere in Gastronomie und Einzelhandel, die mit einem faktischen Berufsverbot zu kämpfen hatten.

Wir müssen den Pflegenotstand beenden und mehr für die lokale Wirtschaft und Kleinunternehmer:innen tun. Wir müssen Kinder und Jugendliche stärken und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch nach der Pandemie gestalten. Gemeinsam gehen wir den Weg in eine klimaneutrale und digitale Zukunft. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird dies zur vordringlichen Aufgabe.

2021 wird das Ende der Ära Merkel sein. Als Sozialdemokratin setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, dass Olaf Scholz Bundeskanzler wird. Ich

bewerbe mich um ein Bundestagsmandat in unserem Wahlkreis Rhein-Sieg II. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung und am 26.09. um Ihre Stimme.

Lassen Sie uns gemeinsam einer besseren Zeit entgegengehen: voller Hoffnung, Mut und Zuversicht! Schreiben Sie mir. Ich möchte wissen, was Sie beschäftigt und bewegt und was Sie sich für die Zukunft erhoffen!

Ihre

**Dr. Katja Stoppenbrink**

### Liebe Leserinnen und Leser,

Mit unserer Zeitung „klartext“ informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle politische Themen aus und für Sankt Augustin. In dieser Ausgabe erwartet Sie die Vorstellung unserer Bundestagskandidatin Dr. Katja Stoppenbrink sowie aktuelles aus Stadtrat und Kreistag, u.a. zu den Themen ÖPNV, Radverkehr, KiTa und OGS.

Wenn Sie Anliegen haben, dann sprechen Sie das Team der SPD Sankt Augustin gerne an. Wir kümmern uns!

Ihr **Denis Waldästl**, Vorsitzender der SPD Sankt Augustin

[info@spd-sankt-augustin.de](mailto:info@spd-sankt-augustin.de) | [www.spd-sankt-augustin.de](http://www.spd-sankt-augustin.de)





Aus dem Kreistag

## KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN IM VRS BIS ENDE 2022

„Die Corona-Pandemie, das verstärkte Arbeiten im Home-Office und die Angst der Bürgerinnen und Bürger sich anzustecken, haben im öffentlichen Personennahverkehr große Verluste produziert. Allein im Bereich des VRS beträgt die Unterdeckung 130 Millionen Euro. „Über 130 Betriebs- und Personalräte der Verkehrsbetriebe in Deutschland haben sich voller Sorge zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen und einen Rettungsschirm von Land und Bund gefordert, um die Einnahmeverluste auszugleichen. Dieser Forderung schließt sich die SPD an“, erklären die beiden Sankt Augustiner Kreistagsabgeordneten Heike

Borowski und Denis Waldästl. „Wir werden einer Fahrpreiserhöhung, die zu Lasten der Nutzer und Nutzerinnen geht, definitiv nicht zustimmen. Wir fordern die Geschäftsführung des VRS statt dessen auf, kreative Alternativen und Finanzierungsmöglichkeiten vorzulegen. Uns schwebt beispielsweise ein alternatives Jobticket vor, das flexibler eingesetzt werden kann und auch Home-Office-Tage berücksichtigt“. Die Sozialdemokraten haben für die Sitzung des Kreistages am 24. Juni daher einen Antrag eingebracht mit dem sich der Rhein-Sieg-Kreis dieser Position anschließen und klare Alternativen im Zeichen der Stärkung des ÖPNV



**Heike Borowski**  
Kreistagsabgeordnete



**Denis Waldästl**  
Kreistagsabgeordneter  
Vorsitzender der Kreistagsfraktion

## Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW für ALLE!

Die Volksinitiative fordert eine patientenorientierte, barrierefreie und selbsthilfefreundliche Gesundheitsversorgung; wohnortnahe und bedarfsorientierte Krankenhäuser in NRW; eine Vollfinanzierung der Krankenhäuser durch das Land NRW; gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sowie ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen.

Die SPD Rhein-Sieg schließt sich den Forderungen der Gesundheitsinitiative an und setzt sich unter anderem dafür ein, dass im Rhein-Sieg-Kreis die wohnortnahe stationäre medizinische Versorgung erhalten bleibt, dass Geburtsstationen nicht mehr geschlossen werden und der Rhein-Sieg-Kreis selbst mehr Verantwortung bei Gesundheit und Pflege übernimmt.

Die Volksinitiative können alle Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen unterstützen, die das Wahlrecht zur Landtagswahl besitzen.

Unterschriftenlisten und weitergehende Informationen finden Sie auf:

<https://gesunde-krankenhaeuser-nrw.de/>

## JobCenter Rhein-Sieg

### SPD kritisiert Verlegung ins Gewerbegebiet

Auf Anfrage der SPD-Fraktion an den Bürgermeister wurde bekannt, dass das JobCenter Rhein-Sieg daran festhält, die Geschäftsstelle Sankt Augustin in das Gewerbegebiet Einsteinstraße zu verlagern. Die Anlauf- und Beratungsstelle für die Arbeitssuchenden soll zukünftig im DOLORGIT – Gebäude angesiedelt werden. Eine entsprechende Entscheidung soll in der Trägerversammlung getroffen werden, teilt die Stadtverwaltung mit.

„Die SPD lehnt einen Standort im Gewerbegebiet weiterhin ab“, so SPD-Fraktionsvorsitzender, Marc Knülle. „Wir haben als Sankt Augustiner Politik dem JobCenter sehr frühzeitig

signalisiert, dass dieser Standort nicht akzeptabel ist. Daher ist es für uns nicht verständlich, dass die Geschäftsführer eine solche Entscheidung gegen die Politik vorbereiten“, so Knülle weiter. „Das Angebot des JobCenters gehört in das Zentrum einer Stadt und nicht an den Rand“, ergänzt Ratsmitglied und SPD-Vorsitzender Denis Waldästl.

In ihrer Antwort macht die Stadtverwaltung deutlich, dass auch die Stadt Sankt Augustin weiterhin einen zentralen Standort mit einer sehr guten ÖPNV Anbindung priorisiert und dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Umsetzung an den beiden bisherigen Standorten weiter für

möglich hält. „Die Standortverlagerung der Geschäftsstelle des JobCenters erfolgt gegen den Willen der Stadt und zum Nachteil der Bürger:innen, die auf die Unterstützung angewiesen sind“, führt Waldästl fort. „Dieses Vorgehen der Geschäftsführung ist inakzeptabel“, sind sich Knülle und Waldästl einig.



**Marc Knülle**  
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

## SPD, GRÜNE und FDP

### ALLTAGSHELPER IN KITAS ERHALTEN

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden in den Kitas Alltagshelfer etabliert, die bei der Umsetzung der Hygiene-Konzepte helfen. Die Mehrheitsfraktionen von SPD, GRÜNEN und FDP fordern nun die Verlängerung dieses sinnvollen Programms, das nach den Plänen der Landesregierung NRW am 31.07.2021 enden soll.

„Auch wenn die Pandemie abflaut, sollen die erfolgreich etablierten Hygienekonzepte bis auf Weiteres fortgeführt werden. Wir wollen die Fachkräfte hiervon entlasten, damit den Kindern wieder die volle Aufmerksamkeit für die frühkindliche Bildung geschenkt werden kann“, erklären Denis Waldästl (SPD), Monika Schulenburg (Grüne) und Stefanie Jung (FDP) gemeinsam. Zu den Aufgaben der Alltagshelfer gehört:

- bei der erhöhten hygienischen Versorgung der betreuten Kinder (häufigeres Händewaschen etc.) zu unterstützen.
- bei der Einhaltung von Vorgaben des Infektionsschutzes (Reinigung und Desinfektion von Flächen und Spielsachen) in den Gruppen mitzuwirken.
- im hauswirtschaftlichen Bereich,

insbesondere bei der Essensversorgung (Zubereitung, Auf-, Abdecken, Einkäufe), bei der Reinigung, beim Küchendienst, bei der Wäschepflege, bei der Desinfektion, u.a. zu unterstützen.

Dank der Finanzierung durch das Land war es in den acht städtischen Kitas möglich, zusätzliche Hilfskräfte im nicht pädagogischen Bereich einzustellen oder die Stunden von bereits vorhandenen hauswirtschaftlichen Kräften aufzustocken.

„Der Schutz aller vor Ansteckung und Krankheit hat oberste Priorität“, so Waldästl, Schulenburg und Jung weiter. „Zur Förderung der pädagogischen Qualität und zur Aufrechterhaltung des erreichten gesundheitlichen Standards in unseren Kindertagesstätten besteht die Notwendigkeit, die Stellen für Kita-Helfer und Kita-Helferinnen in unseren Kitas dauerhaft zu sichern, auch um den derzeit Beschäftigten eine berufliche Perspektive zu ermöglichen.

Konkret beantragt die drei Fraktionen, dass der Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin die Verwaltung auffordert, das Land

NRW um entsprechende Unterstützung durch Fortführung des Alltagshelfer-Programms zu bitten. Bei Erfolg soll die Stadtverwaltung der Stadt Sankt Augustin die befristeten Stellen der acht eingerichteten Alltagshelferinnen in den städtischen Kitas verlängern und schnellstmöglich in den Stellenplan aufnehmen.

## KEINE ERHÖHUNG DER OGS-GEBÜHREN ZUM 01.08.2021

Die Elternbeitragsatzung für die Beiträge zur offenen Ganztagsgrundschule (OGS) sieht eine jährliche Dynamisierung der Elternbeiträge vor. SPD, GRÜNE und FDP beantragen nun diese Dynamisierung für das Schuljahr 2021 / 2022 auszusetzen. Hierzu erklären Denis Waldästl (SPD), Monika Schulenburg (GRÜNE) und Stefanie Jung (FDP): „Wir wollen die finanziellen Spielräume im Bereich der OGS nutzen und Familien nicht zusätzlich belasten. Home-Schooling und Betreuung haben die Eltern während der Pandemie vor große Herausforderungen gestellt. Jetzt eine Beitragsanpassung auf den Weg zu bringen würde die Leistung der Familien verkennen und wäre nicht gerecht“.